parlamentsreport

19–2021

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

3 Mit Ramelow erstmals ein LINKER Präsident des Bundesrates

5 Dittes pocht auf Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West

8 Linksfraktion drängt auf Zukunft für Beschäftigte von Opel in Eisenach

Für gleiche Rechte und Lebenschancen

Den Oktober über war im Thüringer Landtag die gelungene Ausstellung „We Are Part of Culture“ zu sehen – das „Projekt 100% Mensch“ zeigte eine Auswahl berühmter LGBTIQ*-Persönlichkeiten verschiedener Epochen unter anderem aus Politik, Wissenschaft und Kultur. Eine Ausstellung, die zugleich ein Zeichen gesetzt hat: für die vollständige rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Menschen.

Wie der Thüringer Landtag, die Staatskanzlei und die Fraktion DIE LINKE das Engagement der LGBTIQ*-Community für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung unterstützen, darum geht es unter anderem in dieser Ausgabe des „Parlamentsreports“.

Wir blicken außerdem nach Berlin, dem Sitz des Bundesrats. Mit Bodo Ramelow wird ab November erstmals ein linker Ministerpräsident der Länderkammer vorstehen. Motto seiner Bundesratspräsidentschaft: „Zusammen wachsen – Zusammenwachsen!“ Es gehe darum, vorhandene Gräben zwischen den Landesteilen in Ost und West, zwischen den Menschen in den Städten und im ländlichen Raum, aber auch zwischen oben und unten zu überwinden. Es geht also: um gleiche Lebenschancen.

Bodo Ramelow geht es dabei nicht zuletzt um den Respekt gegenüber dem, was Ostdeutschland in den Einheitsprozess einbrachte und einbringt. Mehr als 30 Jahre später sind die Unterschiede immer noch groß. Für uns ein Anlass, auf den Beginn der Wende im Oktober 1989 in Thüringen zurückzublicken – und gleichzeitig die immer noch bestehenden Herausforderungen bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse anzusprechen. Linksfraktionschef Steffen Dittes weist in dieser Ausgabe auf die Fehler der Einheit hin und pocht auf Respekt, Anerkennung und Angleichung. Übrigens nicht nur für den Osten.

Lesen Sie außerdem, wie sich Abgeordnete der Thüringer LINKEN für eine Zukunft des Opel-Standortes in Eisenach einsetzen und auf klimagerechte Transformation unter Beteiligung der Beschäftigten drängen; warum es einen Klimanotfonds im Freistaat braucht und was Rot-Rot-Grün in Thüringen zum sozialen Wohnen in Stadt und Land vorhat. Das und noch mehr in diesem „Parlamentsreport“ – erkenntnisreiche Lektüre wünscht
Ihre Redaktion

Foto: Lukas Krause

Liebe kennt kein Geschlecht

Thüringer Landtag, Staatskanzlei und die Fraktion DIE LINKE unterstützen das Engagement der LGBTIQ*-Community für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung.
Seite 2

Linker Ticker

Der von der rot-rot-grünen Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf für 2022 ist vom haushaltspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, **Ronald Hande**, als gute Voraussetzung für die Gespräche der Fraktionen bezeichnet worden. „Trotz der enormen finanziellen Auswirkung durch die Pandemie sichert das Kabinett mit dem Haushaltsentwurf Entscheidung der rot-rot-grünen-Koalition und führt sie fort. Für starke Kommunen und Infrastruktur, darauf, dass soziale Gerechtigkeit im Bildungssektor gewährleistet und unsere Zivilgesellschaft gefördert wird. Nun ist das Parlament am Zuge.“ Die Abgeordneten von LINKEN, SPD, GRÜNE werden den Entwurf nun im Detail sowie gegebenenfalls notwendige Änderungen beraten und gemeinsam mit der demokratischen Opposition eine parlamentarische Mehrheit für den Gesamthaushalt verhandeln. „In dieser Situation erwarte ich insbesondere von der CDU, dass sie im Sinne einer verlässlichen Planung ihrer Verantwortung den Kommunen gegenüber gerecht wird und sich konstruktiv in die Haushaltsverhandlungen einbringt“, so der LINKEEN-Abgeordnete Hande. **+++** Die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, **Katharina König-Preuss**, hat es als „völlig unverständlich“ kritisiert, dass der Landrat des Landkreises Hildburghausen, Thomas Müller (CDU), wiederholt einem bundesweit bekannten Neonazi eine Plattform mit einer Anzeige im Amtsblatt des Landkreises geboten hat. Damit lasse er die nötige politische Sensibilität dazu vermissen. Amtsblätter seien dazu da, öffentliche Bekanntmachungen und sonstige amtliche Mitteilungen zu verbreiten, nicht für Nazi-Propaganda. „Es ist völlig absurd, wenn amtliche Stellen in Thüringen das beworbene Objekt einerseits öffentlich als ‚bedeutende Szeneimmobilie und bundesweiter Anlaufpunkt von Rechtsextremisten verschiedener Strömungen‘ charakterisieren, die Polizei alleine zwischen 2015 und 2020 über 66 Straftaten dort offiziell registrierte und mit einer amtlichen Publikation des Landkreises nun Werbeanzeigen zum Besuch dieser extrem rechten Immobilie auffordern“.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 14. Oktober 2021

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Foto: Rihaij/pixabay

Eine Herzensangelegenheit

Wie sich der Landtag für den CSD und die LINKE für queere Interessen einsetzen

In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1969 begannen in New York ein Aufstand gegen andauernde Razzien und die fortgesetzte Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen. Seither machen weltweit Veranstaltungen unter dem Namen „Christopher Street Day“ auf die Einschränkung von Rechten, auf Diffamierungen und Verfolgung der LGBTQ+ Gemeinschaft aufmerksam. So auch wieder der CSD in Erfurt.

Politische Unterstützung erhalten die Organisator*innen von Thüringer Landtag, der Thüringer Staatskanzlei und der Linksfraktion im Freistaat – unter anderem mit einem Empfang des Bündnisses rund um den Christopher Street Day.

„Der Landtag ist Ort der Begegnung und damit auch Ort gelebter Vielfalt. Liebe kennt kein Geschlecht und niemand darf Angst haben müssen, für seine und ihre sexuelle Orientierung verurteilt zu werden“, sagte die linke Landtagspräsidentin Birgit Keller. Dafür setze sich der CSD seit Jahren bunt, kreativ und vielfältig ein. Die jährlichen Demos und Straßenfeste seien gelebte Demokratie. „Sie setzen starke Zeichen für Gleichberechtigung und Toleranz.“

Mit einer Lichtaktion erstrahlte der Landtag zum Empfang in den Regenbogenfarben; außerdem wurde die Regenbogenfahne als Symbol der LGBTQ+ Gemeinschaft vor dem Landtag gehisst.

„Eine Unterstützung, die mir seit jeher nicht nur immens wichtig, sondern eine Herzensangelegenheit ist“, ergänzte auch der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow. „Der CSD steht für den Kampf um gesellschaftliche Anerkennung queerer Lebensweisen. Dabei kann keine noch so fantasievolle Kundgebung darüber hinwegtäuschen, dass ein offenes Ausleben der sexuellen Identität ohne jede Diskriminierung und Benachteiligung noch immer keine Selbstverständlichkeit ist. Insbesondere für die Betroffenen ist die Alltagsdiskriminierung tagtäglich spürbar und die Parolen der Populisten und Extremisten richten sich zuallererst gegen Menschen, die anders leben, denken und handeln.“

Thüringens linke Sozialministerin Heike Werner, die die Thüringer Landesregierung bei dem Empfang vertrat, sagte: „Der CSD bleibt unverzichtbar, um auf unterschwellige und offene Homophobie in unserer Gesellschaft und auf Unterdrückung von Menschen weltweit aufmerksam zu machen. Unser Dank gilt allen Aktiven aus dem LSBTIQ+-Bereich für ihr unermüdliches Engagement und ihren Mut, Teilhabe für alle einzufordern – unabhängig von sexueller Identität, Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft Religion oder körperlicher Verfassung. Die Thüringer Landesregierung steht an ihrer Seite und wird sich weiter für die Verwirklichung tatsächlicher Gleichberechtigung in Land und Bund einsetzen.“

Der linke Landtagsabgeordnete Christian Schaft begrüßte die Aktion am Landtag: „Dieses Signal ist wichtig, genauso wie das politische Handeln für und mit der LGBTIQ+-Community.“ Hier hat die Linksfraktion im Freistaat schon einiges vorzuweisen – und noch viel mehr an Forderungen. „LGBTIQ*-Rechte sind Menschenrechte, aber diese werden in Deutschland leider ständig von der Bundesregierung blockiert. Wo bleibt der Schutz im Grundgesetz? Warum wird das verfassungswidrige Transsexuellengesetz nicht abgeschafft und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt? Dank zahlreicher Organisationen und Aktivist*innen haben wir schon viel geschafft, aber gravierende Eingriffe in die Grundrechte bleiben. Auch deswegen gehen jedes Jahr so viele Menschen zum CSD auf die Straße,” so Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellung der Linksfraktion in Thüringen.

Die LINKE fordert deshalb unter anderem die volle Anerkennung aller Familienformen, „für uns ist Familie dort, wo Menschen aus Liebe zueinander Verantwortung füreinander übernehmen“. Außerdem wird die Abschaffung der Rückstellung von Männern, die Sex mit Männern haben, bei der Blutspende; da diese bisher als Risikogruppe eingestuft werden. Auch dies sei eine Diskriminierung allein aufgrund der sexuellen Orientierung. Gefordert wird auch die stärkere Berücksichtigung von queeren älteren und pflegebedürftigen Personen, etwa durch Fortbildungen für pflegerisches und medizinisches Personal. Ein wichtiger Punkt auch für die Linksfraktion: der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für LGBTIQ* im ländlichen Raum. „Da gerade außerhalb der Städte viele LGBTIQ* auf sich alleine gestellt sind, ist es wichtig dort unterstützend tätig zu werden.“ *PR*

Foto: LoboStudioHamburg/pixabay

Zusammen wachsen

Mit Bodo Ramelow erstmals ein LINKER Präsident des Bundesrates

Es ist eine Premiere: Erstmals übernimmt ein Politiker der LINKEN eines der vier höchsten Staatsämter in der Bundesrepublik: Bodo Ramelow wird ab 1. November als Präsident des Bundesrates amtieren, die Länderkammer wählte den Thüringer Ministerpräsident in einer Sitzung Anfang Oktober einstimmig. Reiner Haseloff und Peter Tschentscher wurden zu Vizepräsidenten bestimmt. Außerdem wird Thüringens Staatskanzleichef Benjamin-Immanuel Hoff den Vorsitz der Europakammer des Bundesrats übernehmen.

Bodo Ramelow kündigte an, er wolle sich als Bundesratspräsident für das Zusammenwachsen in der Gesellschaft einsetzen. „Was man bei so einem repräsentativen Amt erreichen kann, ist, Zeichen zu setzen." Das Motto der Bundesratspräsidentschaft lautet denn auch: „Zusammen wachsen – Zusammenwachsen!" Es gehe darum, vorhandene Gräben zwischen den Landesteilen in Ost und West, zwischen den Menschen in den Städten und im ländlichen Raum, aber auch zwischen oben und unten zu überwinden. „Wir sollten alle den Mut haben, jetzt die alte Bundesrepublik und ihre ritualisierten Verknöcherungen hinter uns zu lassen, Ost und West noch stärker zusammenzubringen, aber auch die Kommunikation und die Interaktion zwischen Oben und Unten neu zu denken", so formuliert es Ramelow in seinem Blog. Ihm sei auch die Klärung der Frage wichtig, wie weltoffen die Deutschen seien und wie sie künftig mit dem Thema Zuwanderung abseits von Flucht und Vertreibung umgehen wollten.

In Zeiten großer Veränderungen setzt der linke Ministerpräsident zudem auf „mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. So können wir das poröse Band zwischen Wählern und Amts- bzw. Mandatsträgern wieder stärken und politischen Entscheidungen eine höhere Legitimität und damit auch Akzeptanz verschaffen."

Gegenüber den Medien kündigte er zudem eine Stärkung des „Weimarer Dreiecks" mit Reisen nach Paris und Warschau an. Das 1991 gegründete Forum dient Gesprächen und Konsultationen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Weitere Reisen sollen Ramelow unter anderem in die Niederlande und nach Belgien führen. Der LINKEN-Politiker wird außerdem Repräsentationsaufgaben bei wichtigen Feier- und Gedenktagen wie dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus oder der Bundesratsgedenksitzung zu Ehren der NS-Opfer der Sinti und Roma am 17. Dezember übernehmen.

Die rotierende Besetzung geht auf die Königsteiner Vereinbarung von 1950 zurück. Danach folgt die Wahl des Bundesratspräsidenten oder der Bundesratspräsidentin einer festgelegten Reihenfolge, die durch die Einwohnerzahl der Länder bestimmt wird. Durch die Rotation soll die Besetzung des Amtes nicht wechselnden Mehrheitsverhältnissen oder parteipolitischen Erwägungen unterworfen werden, sondern den Grundsatz der Gleichrangigkeit aller Länder wahren – unabhängig von seiner Größe oder den politischen Farben der jeweiligen Landesregierung, soll jedes Bundesland die Möglichkeit haben, den Vorsitz im Bundesrat zu übernehmen. Begonnen wird die Rotation stets mit dem bevölkerungsreichsten Bundesland, also Nordrhein-Westfalen. In Thüringen leben rund 2,1 Millionen Menschen.

Kein Bundesgesetz kommt zustande, ohne dass der Bundesrat damit befasst war. Viele Gesetze können sogar nur dann in Kraft treten, wenn der Bundesrat ihnen ausdrücklich zustimmt. Außerdem hat der Bundesrat neben Bundestag und Bundesregierung zudem ein Initiativrecht in der Gesetzgebung.

Mit der Bundesratspräsidentschaft ist auch die Aufgabe verbunden, dass Thüringen den nächsten Tag der Deutschen Einheit vorzubereiten und auszurichten hat. Das Motto „Zusammen wachsen, Zusammenwachsen" sowie das Herzsymbol als Logo wiesen bereits die Richtung: „Wir wollen an dem – nicht endenden- Prozess der Einheit mit bauen und das Beste aus Ost und West zum Wohle aller weiter miteinander verschmelzen", so Ramelow. „Für mich bedeutet Deutsche Einheit auch Respekt. Respekt vor allem, was auch Ostdeutschland in diesen Einheitsprozess einbrachte und einbringt. Respekt aber auch für die bunten, vielfältigen und ja, auch gebrochenen Biografien von Menschen aus dem Osten, die dieses Land jeden Tag seit über 30 Jahren mit voranbringen." Pläne für die zentralen Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2022 gibt es auch schon: Thüringen will wieder an die alten Traditionen des Tages der Deutschen Einheit anknüpfen „und das Bürgerfest wieder aufleben lassen" – in den letzten zwei Jahren musste das Bürgerfest wegen der Corona-Pandemie ausfallen. *PR*

Rot-Rot-Grün plant Gesetz zum sozialen Wohnen

Die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen plant ein umfassendes Konzept zum sozialen Wohnen in Stadt und Land. Daraus soll eine Gesetzesinitiative mit einem Landesgesetz zum sozialen Wohnen entwickelt werden.

„Wohnen ist ein Grundrecht und hat in den Händen von Spekulanten nichts zu suchen. Deshalb schaffen wir Sozialen Wohnraum nicht nur durch den Bau neuer Häuser und einer Mietpreisbindung, es ist notwendig, das Wohnen neu zu denken. Das beinhaltet barrierearme, generationengerechte und vor allem bezahlbare Wohnungen", erklärte Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Ein Gesetz gibt uns den Gestaltungsspielraum, um Wohnungsbau und die Ausstattung bestehender Wohnungen an die Herausforderungen des modernen Wohnens anzupassen. Dazu gehört das Erreichen von Klimaneutralität ebenso wie die Bereitstellung von genügend bezahlbarem Wohnraum, der den sozialen, gesundheitlichen und infrastrukturellen Anforderungen gerecht wird."

Dabei sei in besonderem Maße die Quartiersentwicklung zu benennen, die eine Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, an Erholungs- und Einkaufsflächen, sowie schnelles Internet einbeziehen muss. Aber auch in der Landesentwicklung sind diese Themen zu beachten und zu entwickeln. „Mit diesen Maßnahmen soll eine deutliche Verbesserung des Wohnungsangebotes umgesetzt werden, für ein gutes Wohnen für Alle", so Lukasch. *PR*

Maurer: Wir brauchen einen Klimanotfonds

Angesichts stark zunehmender Unwetterereignisse fordert Katja Maurer, Sprecherin für Umwelt- und Klimaschutz der Linksfraktion, einen Klimanotfonds für die Menschen im Freistaat. „Die Unwetterereignisse vom Sommer dieses Jahres machen die Dringlichkeit bewusst. Oft ziehen sich Versicherungen aus der Verantwortung, indem sie Betroffenen nach solchen Ereignissen die Elementarversicherungen kündigen. „Da sich auf Bundesebene dazu absehbar nichts bewegt, müssen wir als Landesparlament handeln. Wir müssen den Menschen unter die Arme greifen. Ein Klimanotfonds könnte dabei helfen", so die Abgeordnete. Esd gehe um schnelle unbürokratische Hilfe für Betroffene, die ohnehin sehr belastet sind. *PR*

Foto: Jürgen Ludwig/Bundesarchiv

Foto: Helmut Schaar/Bundesarchiv

Foto: Bundesarchiv

Mal leise, mal laut

Wann genau in Thüringen „die Wende“ begann, das lässt sich so leicht gar nicht sagen. Seit spätestens September 1989 gärt es überall in der DDR, schon im August war der erste Aufruf zur Gründung einer oppositionellen Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR veröffentlicht worden; Ende August hatte es ein Treffen zur Vorbereitung des Demokratischen Aufbruchs gegeben, Anfang September dann das Böhlener Treffen „von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, darunter Christen und Marxisten“, aus dem später die Vereinigte Linke entstehen sollte. Nachdem am 9. und 10. September 1989 das Neue Forum gegründet worden war, sorgt die Organisation, die zunächst einen der wichtigsten Kristallisationspunkte der Demokratiebewegung war, auch in Thüringen für Aufmerksamkeit. In Weimar stellen Vertreter*innen von Demokratie Jetzt, des Demokratischen Aufbruchs, vom Neuen Forum und der Initiativgruppe zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR am 20. September ihre Ideen und Forderungen vor. Tags darauf wird in Gera nach dem Friedensgebet ein Forderungspapier des Neuen Forums verlesen, die ersten sieben Thüringer Unterschriften kommen unter den Gründungsaufruf. Für den unlängst verstorbenen Edelbert Richter, Theologe und Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, begann die Wende in Erfurt am 26. September, über 1.000 Menschen wollen hören, was die noch junge Oppositionsbewegung will. Am 30. September treffen sich Thüringer Frauengruppen in Erfurt, um ihre Arbeit zu koordinieren. Es ist jener Tag, an dem erstmals etwa 200 Menschen auf dem Arnstädter Holzmarkt auf die Straße gehen, um Veränderungen zu fordern – die Massenflucht von Nachbarn und Freunden, die Sprachlosigkeit der SED-Spitze, die Empörung über Repression und geistige Enge bilden den Hintergrund. Als eine Woche später zum DDR-Geburtstag abermals in Arnstadt demonstriert wird, lässt die Staatsmacht die Gummiknüppel sprechen. Tags darauf geht die Polizei gewaltsam in Ilmenau gegen protestierende Jugendliche vor.

Nun ist kein Halten mehr, immer mehr Menschen schließen sich den Demonstrationen und Schweigemärschen auch in Thüringen an. Mal leise, wie bei einem „Gang der Betroffenheit“ Mitte Oktober in Erfurt; mal laut wie auf den dann folgenden Donnerstagsdemonstrationen. Die letzte Oktoberwoche des Jahres 1989 ist dann auch in Thüringen ein überregionales Fanal: „Nie zuvor und nie wieder danach gehen DDR-weit so viele Menschen gleichzeitig für Grundrechte und Freiheiten auf die Straße“, wie es einmal die „Thüringer Allgemeine“ formulierte. In Zeulenroda sind 2.000 für Reformen auf der Straße, in Rudolstadt 2.500, in Altenburg 2.000 und in Eisenach 5.000 Menschen beim ersten Friedensgebet, in Suhl wird die offene Debatte von 2.000 Bürger*innen beim Stadthallengespräch durchgesetzt. Am 24. Oktober 1989 gehen in Weimar 2.000 Menschen auf die Straße – eine Woche später sind es bereits 20.000.

Die kommenden Wochen stehen nun im Zeichen der Massenforderung „Wir sind das Volk“. Und noch, das wird heute im Rückblick oft vergessen, ging es keineswegs um die Wiedervereinigung, sondern um demokratische und ökologische Reformen in der DDR. *PR*

Foto: Rhythmuswege/pixabay

Die Fehler der Einheit

Linksfraktionschef Dittes pocht auf Respekt, Anerkennung und Angleichung der Lebensverhältnisse

Seit Ende 1990 sind knapp 860.000 Thüringerinnen und Thüringer in die „alten Bundesländer“ gezogen – nur gut 550.000 zogen in umgekehrter Richtung in den Freistaat. Aktuelle Zahlen des Thüringer Landesamtes für Statistik anlässlich des Jahrestags der Deutschen Einheit. „Der Überschuss der Fortzüge“, wie es offiziell hießt, beträgt also deutlich über 300.000 Menschen. Ein Trend, der wie viele andere statistische Daten zur Bilanz von 31 Jahren Deutsche Einheit gehört. Einer Bilanz, die von „vielen politischen Fehlern und strukturellen Versäumnissen des Einigungsprozesses“ geprägt ist.

Daran hat im Oktober Steffen Dittes erinnert, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Anstatt in den Aufbau einer sich selbst entwickelnden und tragenden Wirtschaftsstruktur mit einer vielfältigen Eigentümer:innenstruktur zu setzen, wurde gesellschaftlicher Reichtum privatisiert und Betriebe und damit verbundenes Eigentum verwertet. Für die Menschen in den neuen Bundesländern folgten durchbrochene Erwerbsbiografien mit Zeiten langer Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Niedriglohnbereichen. Geringe Löhne wurden zum Teil jahrelang zum Standortfaktor Ost erklärt“, so Dittes. „Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung kann von gleichen Einkommenschancen in Deutschland keine Rede sein“, so bilanzierte in diesem Jahr auch die Tagesschau die immer noch großen Lohnunterschiede zwischen Ost und West.

Wie groß diese Lücken bisweilen sind, lässt sich an Zahlen der Bundesregierung für 2019 ablesen – neuere Statistiken gibt es nicht: In der Bekleidungsherstellung etwa erhalten Vollzeitbeschäftigte im Westen 73 Prozent mehr als im Osten. Im Auto-, Motoren-, Karosserie-, Anhänger- und Autoteilebau wurde in den immer noch „neu“ genannten Ländern im Durchschnitt etwa 45 Prozent weniger verdient; im Maschinenbau waren es fast 44 Prozent, in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen über 43 Prozent... die Liste ließe sich fortsetzen. Und: die Unterschiede gibt es, obwohl im Osten in der Regel längere Wochenarbeitszeiten gelten.

Die jahrelange Abwanderungswelle in den Westen hat auch damit zu tun, und sie hat Folgen – etwa die im Schnitt ältere Bevölkerung, die gegenüber den alten Bundesländern höhere Armutsquote insbesondere im Alter. Im Herbst 2021 erklärten in einer Umfrage fast zwei Drittel der Ostdeutschen, die Probleme der Wiedervereinigung seien immer noch nicht gelöst; im Westen sah das fast die Hälfte so. Und nicht zu vergessen: Es geht nicht nur um Zahlen, Beträge, Statistiken. Die Unterschiede und die Art, wie bisweilen über „den Osten“, die Menschen von dort und deren Biografien gesprochen wird, schlagen sich auch im Gefühl mangelnder Wertschätzung nieder.

„Die Anerkennung von Lebensleistungen und Lebenserfahrungen legt die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis und die Akzeptanz gesellschaftlicher Entwicklungen“, sagt Dittes. „Die andauernde Benachteiligung vieler Gruppen, bspw. die der in der DDR geschiedenen Frauen, bei der Rentenüberleitung, ist ein beschämender Ausdruck dieser fehlenden Anerkennung. Die Feststellung, dass spezifisch ostdeutsche Erfahrungen weder in politischen Entscheidungen noch bei der Besetzung von Funktionen in administrativen Bereichen einbezogen wurden, bestärkt eine Wahrnehmung der Vernachlässigung und Benachteiligung der Interessen der in den neuen Bundesländern lebenden Menschen.“

Und es geht bei der Anerkennung von Lebensleistungen und Lebenserfahrungen längst nicht mehr allein um die von vor 1989. „Die spezifischen Erfahrungen gerade seit 1990, die hohe Bereitschaft und das Engagement vieler Menschen die mit der deutschen Einheit 1990 verbundene andauernde gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Transformation zu gestalten und trotz aller Benachteiligungen Perspektiven zu entwickeln, verdient Respekt“, so der Linksfraktionschef.

Dittes pocht deshalb auf die Erfüllung des verfassungsrechtlichen und politischen Auftrags zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Dies müsse auch eine zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung werden: Angleichung der Lebensverhältnisse als Ziel der Struktur- und Wirtschaftspolitik und ihrer Entscheidungen zum Erhalt einer flächendeckenden Sicherstellung von Aufgaben der Daseinsvorsorge. „Diese Schlussfolgerung aus den Fehlern der deutschen Einheit gilt es bundesweit umzusetzen“, so Dittes. „Respekt zum Ausdruck zu bringen und ostdeutsche Interessen als gesamtdeutsche Interessen zu verstehen, ist die Grundlage dafür, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.“ *PR*

parlamentsreport 5-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Herr Thiel, eine Ära an der Fraktionsspitze und ein Abschied
7 Ökologisch und sozial: Ein Check für Nachhaltigkeit bei EU-Hilfen
8 Markenkern linker Politik: zur Lage im Gesundheitswesen
Jeden Tag
Gegen Ungleichheit
Große Lohnlücke, mehr Sorgearbeit, weniger Ämter in der Politik: Rund um den Frauentag wird international auf viele Probleme der noch ungegolten Gleichberechtigung verwiesen. Wie ist die Lage in Thüringen? Ein Schwerpunkt auf den Seiten 3 bis 5

parlamentsreport 6-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Positionspapier: Wie die LINKE in der Corona-Krise Familien hilft
3 Nächste Etappe: Steffen Dittes ist neuer Vorsitzender der Linksfraktion
8 Gegen alte Muster: AfD-Antrag pocht auf gleichberechtigte Entlohnung
Demaskiert
Ein Jahr Corona
Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation WHO Corona zur Pandemie. In unserem Schwerpunkt auf den Seiten 4 bis 6 ziehen Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ihre Bilanz.

parlamentsreport 7-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
3 Pandemie und Verantwortung: Steffen Dittes über linke Corona-Politik
5 Unterrepräsentiert: Im Osten gibt es weiter zu wenig Bundesbehörden
12 Green New Deal: Wie ist das neue Grün? Eine Rezension
Herausforderung
Guck mal, wer da demonstriert
Die Aufmärsche sogenannter Querdenker rücken politisch immer weiter nach rechts. Aber es gibt auch linke Proteste in der Corona-Krise. Seiten 6 und 7

parlamentsreport 8-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
3 Bedrohung: Der Antisemitismus nimmt zu und die AfD schluckt die NPD
7 Gedenkort: Im Mai 1942 begann die Deportation der Thüringer Jüdinnen und Juden
8 Stigmatisiert: Wie wird in der Corona-Krise in den Betrieben erlebt?
Klare Kante
Soziale Basis für das Umsteuern
Klimakrise, Corona, Ungleichheit: Der Bedarf an Veränderungen ist groß, doch die brauchen ein starkes Fundament von Gerechtigkeit, damit alle mitmachen können. Aber für wie sozial hält die Bevölkerung die gegenwärtige Marktwirtschaft? Seite 5

parlamentsreport 9-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Rot-Rot-Grün geht wichtigen Schritt zum Schutz von Frauen
3 Bausteine für gute Arbeit und gerechte Löhne: Rückblick auf den 1. Mai
4 Viele Corona-Infizierte leiden lange. Linksfraktion sieht Bund gefordert
Gesundheit statt Rendite
Gegen die Obrigkeit
Am 12. Dezember 1906 beginnt in Weimar ein Strafprozess gegen Rosa Luxemburg. Eine neue Broschüre erinnert an diesen Fall kaiserlicher Klassenjustiz. Unser Schwerpunkt – unter anderem zu Luxemburgs Anwalt Kurt Rosenfeld und zu einem neuen Buch über die Geschichte der USPD. Seiten 7 und 8

parlamentsreport 10-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
6 Bauhütz wird knapp und teurer: Was die Linksfraktion fordert
7 Für eine bessere Welt: Zum 150. Geburtstag von Käte Duncker
8 Mut machen: Ein Buch soll ein zum Nachdenken über eine linke Erzählung
Absolut lohnend
Kinder verändern die Welt
Zum Kindertag ein Schwerpunkt über das revolutionäre Klimaartival und die Freiheit kommender Generationen. Und über linke Kinderpolitik und einen besonderen Feiertag für Thüringen. Seiten 4 und 5

parlamentsreport 11-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Thüringen schafft 200 neue Stellen in Gesundheitsämtern
3 Aktion für mehr Selbstbestimmung von Frauen über ihre Körper
7 Linksfraktion unterstützt Beschäftigte im Einzel- und Versandhandel
Besondere Lage
Aber wann?
Seit über 30 Jahren wird über die Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an den Stand im Westen diskutiert. Noch immer ist großer Nachholbedarf zu beklagen. Es geht unter anderem um immer noch niedrigere Löhne, Renten und die Berücksichtigung Ostdeutschlands bei der Ansiedlung von Behörden. Auch linke Medienpolitiker*innen pochen auf Veränderungen.

parlamentsreport 12-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Mafia-Ausschuss des Landtags: Die Aufklärung beginnt
4 Angriff auf die Verhältnis: Kritik an Staatsinjoner
8 Spenden für Thüringens Zivilgesellschaft: Wie ein LINKEN Verein hilft
Gehilfen
„Thüringer Zustände": In einer neuen Publikation klärt die Zivilgesellschaft über Rechtsextremismus im Freistaat auf. Nicht nur darin wird deutlich, warum es nötig ist, rassistischen Anfeindungen zu widersprechen. Immer und überall. Seite 5

parlamentsreport 13-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
3 Transformation gelebt: Zu Besuch bei Thüringer Betrieben
5 In der CDU geschieht: Verfassungsreform für ein besseres Thüringen
7 Kinder, Alleinerziehende, Nichtsättler*innen: neue Falten zur Armut
Neue Wege
Mehr Utopie wagen
Wie könnte eine Alternative zum Kapitalismus aussehen? Robin Hahnel und Erik Olin Wright zeigen, warum die Debatte über eine funktionsfähige, freie und demokratische Gesellschaft wichtig bleibt. Seite 6

parlamentsreport 14-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Handlungsfähig: Wie Kommunen durch Corona gekommen sind
4 Rückschau 1990: Der erste Hungerstreik der Kali-Bergleute
7 Demokratie & Solidarität: Bildungstage 2021 der Luxemburg-Stiftung
Bedrohlich
Kinder, Kinder!
Abschaffung der Gebühren, gut ausgebildete Fachkräfte, ausreichend Personal: Die Thüringer Linksfraktion geht in Sachen Kindergarten den nächsten Schritt und will ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr und noch bessere frühkindliche Bildung. Seite 3

parlamentsreport 15-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Damit Thüringen lebenswert bleibt: Was die LINKE noch vor hat
4 Was macht Corona mit uns? Studien mahnen zu sozialer Politik
5 Wer die Folgen trägt: Warum Klimawandel eine soziale Frage ist
Was zu beachten ist
Wenn Wohnen arm macht
Die Mietenkrise bringt viele Großstadtbewohner in eine prekäre wirtschaftliche Lage und verstärkt soziale Ungleichheit. Welche Alternative können Genossenschaften dagegen bieten? Seite 7

parlamentsreport 16-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Chancen: Linksfraktion unterstützt Appell für Kindergrundsicherung
4 Rückblick: Die Thüringer Landtagswahlen vom September 1921
5 Organizing: Ein Plädoyer für kämpferische Gewerkschaften
Ehrlich machen
Arbeiten bis zum Umfallen?
Im Bundestagswahlkampf wird der Ton der Rentendebatte schärfer. Eine Studie zeigt, welche sozialen Folgen der Ruf nach späteren Renten eintritt hätte. Seite 7

parlamentsreport 17-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
4 Die Tarifbindung in Thüringen ist schwach. Aber Politik kann das ändern
5 Mehrheiten für Kurswechsel im Bund: Was Thüringer*innen wünschen
6 Gerechtigkeit als Leitbild: die Klausur der Linksfraktion
Für ein besseres Leben in Thüringen
Teil unserer Geschichte
Wie jüdische Geschichte und Alltag in Mitteleuropa verwoben waren und sind. Eine Ausstellung im Thüringer Landtag. Seite 3

parlamentsreport 18-2021
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
2 Studie fasht Debatte über Ausbeutung bei Amazon an
6 Harald Wolf diskutiert Chancen und Risiken linken Regierens
8 Rot-rot-grüne Regelung bringt Volkshochschulen Planungssicherheit
Hilfe nicht nur für Moshach
Kleine Spende, große Wirkung
Seit Jahren unterstützen linke Abgeordnete in Thüringen über den Verein Alternative 54 soziale und kulturelle Initiativen im Freistaat. Endlich in einer inzwischen lange Tradition gibt es auf den Seiten 4 und 5

Was machen eigentlich der Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag? Was motiviert sie für linke Politik? Wie kommt ein Gesetz zustande? Der „Parlamentsreport" berichtet alle zwei Wochen über Anträge und Initiativen der Linksfraktion, liefert Analysen zur politischen Lage, blickt hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs und hat linke Literatur und Kultur auf dem Radar. Den „Parlamentsreport" gibt es auch als gedruckte Ausgabe: als Supplement der „UNZ. Unsere Neue Zeitung".

Foto: bricks

Magnet für Studierende

Auch mehr ausländische Berufsqualifikationen im Freistaat anerkannt

Thüringen hat im bundesweiten Vergleich den dritthöchsten Anteil internationaler Studierender im Tertiärbereich, also den akademischen und berufsorientierten Bildungsprogramme. Wie aus der Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hervorgeht, lag der Anteil internationaler Studierender im Jahr 2019 bei 13 Prozent und damit sowohl über den Durchschnitt der Bundesländer als auch dem der OECD-Staaten.
Die höchsten Anteile internationaler Studierender im Tertiärbereich wiesen bundesweit Berlin mit 17,5 Prozent und Sachsen mit 13,6 Prozent auf. Gemessen wurde der Anteil der Studierenden, die im Ausland ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben und zu Studienzwecken in die Bundesrepublik gekommen sind. In Thüringen wird an vier Universitäten, der Hochschule für Musik, vier Fachhochschulen sowie der Dualen Hochschule gelehrt und ausgebildet. Die Hochschulen bieten derzeit über 400 Studiengänge an, etwa 50.000 Studierende sind eingeschrieben.

Auch die Zahl der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ist in Thüringen gestiegen. Im Jahr 2020 wurde in Thüringen für 553 im Ausland erworbene berufliche Ausbildungsnachweise die vollständige oder eingeschränkte Gleichwertigkeit zu einer in Deutschland erworbenen Berufsqualifikation festgestellt bzw. anerkannt. Nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik stieg damit die Zahl der Verfahren im Vergleich zum Jahr 2019 (673 Verfahren) um 6,5 Prozent.

Bei 61,9 Prozent der Verfahren wurden die Anträge von Frauen gestellt. Bei 53,3 Prozent (329 Verfahren) der 617 abgeschlossenen Verfahren wurde die ausländische Berufsausbildung mit voller Gleichwertigkeit anerkannt. In 32,1 Prozent der Fälle (198 Anträge) wurde festgestellt, dass wesentliche Unterschiede gegenüber der in Deutschland geregelten Berufsqualifikation mit Auflage einer Ausgleichsmaßnahme ausgeräumt werden können. Ein partieller Berufszugang wurde in 26 Fällen (4,2 Prozent) beschieden. Negativ fiel die Entscheidung im Jahr 2020 bei 64 Verfahren aus, für weitere 64 Anträge war Ende 2020 noch keine Entscheidung gefallen.

Fast zwei Drittel der beantragten Anerkennungen betrafen medizinische Gesundheitsberufe. Aus dem Bereich lehrende und ausbildende Berufe wurden 154 Verfahren (21,5 Prozent) bearbeitet. 25,4 Prozent der Anerkennungsverfahren (182) bezogen sich auf Abschlüsse, die innerhalb der Europäischen Union erworben wurden. Weitere 302 Verfahren (42,1 Prozent) wurden für Berufsqualifikationen aus dem übrigen europäischen Ausland durchgeführt. 233 Verfahren (32,5 Prozent) befassten sich mit Ausbildungsnachweisen aus dem außereuropäischen Ausland. *PR*

Konsequent gegen Antisemitismus

König-Preuss mahnt zum Jahrestag des Anschlags auf die Synagoge von Halle

Zum zweiten Jahrestag des rechtsradikalen Anschlags auf die Synagoge von Halle hat die LINKEN-Abgeordnete Katharina König-Preuss gemahnt, konsequenter gegen Antisemitismus vorzugehen. Am 9. Oktober 2019 hatte ein schwer bewaffneter Rechtsextremist versucht, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur in die Synagoge der Jüdischen Gemeinde zu Halle einzudringen und dort ein Blutbad anzurichten. Als er an der Synagogentür scheiterte, erschoss er eine 40 Jahre alte Passantin. Kurze später tötete er einen 20-Jährigen in einem Döner-Imbiss. Auf der anschließenden Flucht verletzte er weitere Menschen schwer.

„In den Erinnerungen der Mehrheitsgesellschaft ist der Anschlag in Halle mit zweifach vollendetem Mord und 68-fach versuchten Mord in der Synagoge im Paulusviertel vielfach bereits verblasst“, sagte König-Preuss. „Doch für viele Jüdinnen und Juden gehören antisemitische Stereotype in Deutschland zum Alltag, quer durch alle gesellschaftlichen Schichten. Der jüngste Vorfall in einem Leipziger Hotel, der antisemitische Angriff vor wenigen Wochen in Hamburg aber auch 37 antisemitische Straftaten alleine in der ersten Jahreshälfte in Thüringen machen deutlich, dass es weiterhin eine konsequente Bekämpfung antijüdischer Vorurteile in den Köpfen braucht“, so die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

König-Preuss erinnerte daran, dass im Zuge der Corona-Proteste in Thüringen immer wieder auch offen antisemitische Symbolen mitgeführt wurden, aber auch unter demokratischen Parteien erhebliche Abgrenzungsprobleme bestehen. 2018 hatte der Landtag den Antrag „Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen“ beschlossen. Dieser müsse nun konsequenter umgesetzt werden. König-Preuss verwies darauf, dass sich alle demokratischen Fraktionen einig gewesen waren, alle Formen des Antisemitismus zu ächten und alles Nötige zu tun, „damit jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Thüringen keine Angst vor Anfeindungen und Übergriffen haben müssen. Wir werden alles Nötige tun, damit antisemitisch motivierte Hasskriminalität konsequent geahndet und bestraft wird.“ *PR*

Reinhardt fordert Stärkung der Frühförderung

Für eine Stärkung der Frühförderung von Kindern mit Behinderung in Thüringen setzt sich Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung der Linksfraktion im Landtag ein. Seine Forderung: Die Ausbildung zur Heilerziehungspfleger*in solle neben der Ausbildung zur Erzieher*in weiter in den Vordergrund gerückt werden. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Frühförderung. Besonderes Augenmerk legt Reinhardt vor allem auf die ersten Lebensjahre eines Kindes, da hier die Entwicklung des Kindes rasch verläuft. In allen Entwicklungsbereichen, wie zum Beispiel Bewegung, Wahrnehmung, Sprache, Denken sowie im Sozialverhalten, werden in dieser Zeit wichtige Grundlagen gelegt. Genau deshalb sei eine frühestmögliche Unterstützung von Eltern und Kindern entscheidend. In Thüringen gibt es insgesamt 56 Frühförderstellen, die einer finanziellen Unterstützung bedürfen.

Nach Corona wichtig

Heilerziehungspfleger*innen sind für die pädagogische, lebenspraktische und pflegerische Unterstützung und Betreuung von Menschen mit Behinderung zuständig. Sie begleiten die zu Betreuenden stationär und ambulant bei der Bewältigung ihres Alltags. Die Ausbildung zum Heilerziehungspfleger ist im Gegensatz zu gleichwertigen sozialen Berufen nicht einheitlich, sondern wird durch die jeweiligen Bundesländer und die verschiedenen Ausbildungseinrichtungen geregelt.

Frühförderstellen sind für Eltern mit behinderten oder entwicklungsauffälligen Kindern da. Die Aufgabe einer Frühförderstelle besteht nicht nur in Therapie- und speziellen Förderangeboten, sondern auch darin, dem Kind und der ganzen Familie sinnvolle Lebensperspektiven zu vermitteln.

Reinhardt verweist auch auf die Corona-bedingten Unterbrechungen bei der Förderung und Therapie. Dadurch waren die Familien und deren Kinder besonders gefordert. „Wenn man sich dann allerdings die Zahlen anschaut, stellt man fest, dass circa 80 Prozent der Frühförderung ambulant in der Frühförderstelle bzw. in der Kita ohne Eltern stattfindet und somit die Familien in der Pandemie teilweise mit der Aufgabe überlastet waren“, so der LINKEN-Abgeordnete. Deshalb sei es besonders wichtig, dass jetzt die Gelegenheiten wieder genutzt werden, um Frühförderung adäquat anzubieten und somit für eine Entlastung der Familien gesorgt werde. *PR*

Für eine langfristige Perspektive

Mehr Transformation und Mitbestimmung wagen: Linksfraktion drängt auf Zukunft für Opel in Eisenach

Bis Ende des Jahres sollen die Beschäftigten von Opel in Eisenach in Kurzarbeit. Der Konzern begründet dies mit der Halbleiter-Krise, die weltweit die Lieferketten stocken lässt: Es gibt zu wenig Chips, auch für die Herstellung von Kraftfahrzeugen. Doch nicht nur die Gewerkschaft IG Metall findet, „irgendwie stinkt da was bei der Geschichte“. Dazu wird auf Befürchtungen von Politik und Beschäftigte verwiesen, der Mutterkonzern Stellantis wolle auf ihre Kosten sparen. Und es geht um mehr: um die Zukunft des Produktionsstandortes. Denn unter den Opelaner*innen und bei der Gewerkschaft wird auch befürchtet, dass der überarbeitete „Grandland“, der in Eisenach gebaut werden sollte, womöglich anderswo produziert wird.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag hat deshalb die Chefs der Konzernzentrale von Stellantis und das Thüringer Wirtschaftsministerium aufgefordert, sich bis Ende des Jahres gemeinsam mit den Beschäftigten von Opel Eisenach und der IG-Metall in einem Termin zum Wiederhochfahren der Opel Produktion in Eisenach und zu einer langfristigen Perspektive für den Standort zu verständigen. „Die Beschäftigten von Opel Eisenach können sich auf die Solidarität der LINKEN verlassen“, so Andreas Schubert, Sprecher für Wirtschaftspolitik der Fraktion.

„Wir teilen den Ärger über die einsame Entscheidung des Mutterkonzerns Stellantis. Durch die fehlenden Halbleiter wird wieder einmal deutlich, wie sehr wir von globalen Lieferketten und damit von der kapitalistischen Logik des Marktes abhängig sind. Wir müssen jetzt den Einstieg in den Ausstieg verhindern und gemeinsam für eine langfristige Perspektive kämpfen.“

Schubert drängt dabei vor allem auf die Beteiligung der Beschäftigten und der Gewerkschaft. Und das auch nicht nur bei Opel. Die Folgen der Corona-Pandemie und der fehlenden Halbleiter werde nicht nur die Beschäftigten in Opel Eisenach, sondern auch die Automobilzulieferbetriebe in Thüringen treffen, so Schubert. Der Strukturwandel vor dem Hintergrund neuer Antriebstechniken und die Herausforderungen einer klimagerechten Mobilitätswende seien enorm.

Laut IG Metall vermeidet Stellantis klare Stellungnahme zu Eisenach. Der Konzern spricht nur davon, dass er im Januar die Produktion wieder anlaufen lassen wolle, sollte dann der Chipmangel überwunden sein. Die IG Metall: Statt wirklicher Transformation mit dem Aufbau neuer Produkte sei in seiner Region bislang nur Arbeitsplatzabbau zu erkennen.

Foto: Nikola Treci/unsplash

„Mitbestimmung durch Betriebsräte und Beschäftigte müssen, gerade was Konzernentscheidungen anbelangt, dringend gestärkt werden. Denn in Zukunft wird das Know-how der Fachkräfte entscheidend sein, wenn es um die Transformation in der Automotive-Industrie geht. Gleichzeitig muss die Produktion von Halbleitern in Europa gestärkt werden, um sich nicht ausschließlich abhängig von China zu machen“, so Schubert.

Stellantis war Anfang 2021 als Holding aus der Fusion der Automobilkonzerne Groupe PSA (PSA) und Fiat Chrysler Automobiles (FCA) hervorgegangen. Der Konzern ist mit seinen 14 Marken der viertgrößte Automobilhersteller der Welt nach verkauften Fahrzeugen. Der Konzern hat inzwischen mitgeteilt, er erwäge, seiner deutschen Tochter Opel die Verantwortung über die Werke in Eisenach und Rüsselsheim zu entziehen. Dann würden die beiden Produktionsstätten zu eigenen Rechts- und Produktionsorganisationen entwickelt, um „die Zusammenarbeit und Flexibilität innerhalb des Stellantis-Produktionsverbundes“ „zu stärken.

Heißt: In den Werken könnten dann auch andere Marken des Konzerns produziert werden. Eisenach war von 1990 bis 2013 bereits „selbstständig“, das Unternehmen wird in Medienberichten mit den Worten zitiert, „selbstverständlich sollen die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten unverändert bleiben, die bestehenden Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen weitergelten“. Es seien nun Gespräche mit den Sozialpartnern geplant. Die Linksfraktion bleibt dran. *PR*

Linksfraktion: Bund ist bei Mitte-Deutschland-Verbindung am Zug

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag hat die Bundesregierung aufgefordert, sich deutlich stärker für die vollständige Elektrifizierung und den durchgängigen zweigleisigen Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Papiermühle und Hermsdorf sowie zwischen Gera und Töppeln einzusetzen. „Die Landesregierung ist mit der Vorplanung zur Machbarkeit der Zweigleisigkeit für ein durchgängiges zweites Gleis der Mitte-Deutschland-Verbindung bis Gera bei der DB Netz AG in Vorleistung gegangen und hat verlässliche Aussagen über die Kosten und Umsetzbarkeit des Ausbaus ermitteln lassen“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Gudrun Lukin. „Jetzt ist der Bund am Zug.“ Es gehe hier um nicht weniger als um einen entscheidenden Beitrag für die Verkehrswende, einen leistungsstarken ÖPNV und den Klimaschutz in Thüringen, so die Abgeordnete.

Die Mitte-Deutschland-Verbindung ist wesentlicher Bestandteil eines wirtschaftlich effektiven, klimapolitisch sinnvollen und ausbaufähigen Verkehrsnetzes in Mitteldeutschland. Beim Ausbau dürfe Thüringen aber nicht mit hohen Kosten allein gelassen werden. „Thüringen ist ein Transitland, wenn zukünftig Fern- und Güterverkehr auf der Mitte-Deutschland-Verbindung fahren soll, kann der Bund nicht die Strecke allein als Nahverkehrsschienenstrang betrachten und bewerten. Viel stärker als bisher müssen in die Bewertungen von Infrastrukturvorhaben die Faktoren Klima- und Umweltschutz, Netzstabilität, die Erschließung von Mittelzentren und Güterverkehrskonzepte einbezogen werden. Sonst bleibt die Verkehrswende Makulatur“, so Lukin. *PR*

Beier: Seehofer versagt moralisch bei Schutz von Menschen

Mit einem eigenen Aufnahmeprogramm wollte die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen die Ausreise von Menschen aus Afghanistan unterstützen, die von den islamistischen Taliban bedroht werden. Doch die Bundesregierung lehnt dies weiterhin ab und sieht keine Notwendigkeit dafür.

Anfang Oktober ist nun die Begründung von Bundesinnenminister Horst Seehofer in Erfurt eingegangen. Für Patrick Beier, migrationspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Im Thüringer Landtag, ein neuerlicher Fall von moralischem Versagen der Bundesregierung.

„Auch, wenn die Absage aufgrund des bisherigen Agierens des Bundesinnenministers zu erwarten gewesen ist, so ist sie dennoch mehr als enttäuschend und wird der Lage in Afghanistan nicht gerecht“, sagte Beier. „Es zeigt sich, dass sich die Bedenken, der Bund könne seine Argumentationslinie, mit der schon das Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Personen aus den Lagern auf den griechischen Inseln verhindert wurde, auch in anderen Fällen zur Anwendung bringen, bestätigt haben. Die Hoffnungen, die auch seitens der Landesregierung jetzt an eine neue Bundesregierung gerichtet werden, sich zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik zu bekennen und einen humanen Weg zu beschreiten, reichen allein nicht aus.“

Er würde sich wünschen, so Beier, dass das Land Thüringen sich in dieser Sache endlich für eine gerichtliche Klärung einsetzt und den Klageweg beschreitet. In einer ähnlichen Lage hatte das Bundesland Berlin diesen Weg bereits eingeschlagen. *PR*